

- Abt. 5 - Jugend und Familie -

55232 Alzey, 10.10.2007

Tel.-Durchwahl: 06731/408-5421

Az.: 5-407-01/sl

Niederschrift

Nr. der Sitzung:	12	Wahlperiode	2004/2009
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlicher Teil		<input type="checkbox"/> nichtöffentlicher Teil	
Gremium:	Jugendhilfeausschuss		
Sitzungsdatum:	20.09.2007	Uhrzeit:	15.00 Uhr bis 15.45 Uhr
Sitzungsort:	Kreisverwaltung Alzey-Worms, Ernst-Ludwig-Str. 36, Sitzungsräume 119/120, 1. OG		

Vorsitzender Landrat Görisch begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 12. Jugendhilfeausschuss-sitzung der Wahlperiode 2004-2009.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

T A G E S O R D N U N G

<u>TOP</u>	Bezeichnung	<u>Drucksachen-</u> <u>Nr.:</u>
1	Nachtragsetat des Jugendamtes für das Haushaltsjahr 2007 - Empfehlungsbeschluss -	135/2007
2	Gewährung eines Kreiszuschusses für die Erweiterung des Kindergartens in der Ortsgemeinde Offstein - Beschluss -	136/2007
3	Bericht über das geplante Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kin- dergesundheit (Kinderschutzgesetz Rheinland-Pfalz)	137/2007
4	Übernahme der Landesempfehlungen zur Kindertagespflege - Beschluss -	138/2007
5	Mitteilungen und Anfragen	



Abt.: 5 – Jugendamt -

Drucksachenummer 135/2007

Empfehlungsbeschluss vom: 20.09.2007

Az.: 5.407-01/sl

X öffentlich nicht öffentlich

Gremium: Jugendhilfeausschuss

Sitzung am: 20.09.2007

Tagesordnungspunkt: 1

Nachtragsetat des Jugendamtes für das Haushaltsjahr 2007
- Empfehlungsbeschluss -

Beschluss:

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird der von der Verwaltung des Jugendamtes vorgelegte Entwurf des Nachtragsetats für das Haushaltsjahr 2007 (Einzelplan 4) zur Beschlussfassung empfohlen.

Finanzierung:

Haushaltsstelle :
Haushaltsansatz :
Haushaltsausgabereist :
noch verfügbar :
Bemerkungen :

Abstimmungsergebnis:

X. einstimmig Ja ... Nein ... Enthaltung

Form der Abstimmung:

X offen geheim namentlich

Herr Landrat Görisch ruft Tagesordnungspunkt 1 – Nachtragsetat des Jugendamtes für das Haushaltsjahr 2007 – auf. Die entsprechenden Unterlagen gingen den Ausschussmitgliedern mit der Einladung zu. Landrat Görisch führt aus, dass die Haushaltslage des Landkreises Alzey-Worms sich nur scheinbar gebessert hat, der Zuschussbedarf ging um mehr als 400.000,-- € zurück, aber die Ursache dafür sei, dass wesentlich höhere Einnahmen z. B. bei den Kosten der Unterbringung zu verzeichnen waren. Allerdings sei die Situation die, dass sowohl im Sozialetat als auch im Jugendetat mehr Zuschüsse geleistet werden müssen und dass darüber hinaus auch im Einzelplan 9 höhere Aufwendungen, insbesondere für Kassenkredite, zu verzeichnen sind. Die Haushaltssituation bleibe demnach mehr als angespannt.

Hierzu trage der Etat des Jugendamtes wesentlich bei. Der Netto-Zuschussbedarf sei um weitere 450.000,-- € gestiegen, und zwar in den Bereichen Heimerziehung, Eingliederungshilfe von Behinderten sowie sozialpädagogische Familienhilfe.

Positiv bezeichnet werden könne, dass es gelungen ist, gerade für Kinder unter 3 Jahren mehr Plätze im Landkreis anzubieten. Die Quote von 10 % der gemeldeten Kinder in allen Verbandsgemeinden ist erreicht, so dass die Bonuszahlungen seitens des Landes gezahlt werden können.

Herr Herz erläutert ergänzend, dass tatsächlich in diesem Jahr die Hilfen zur Erziehung besonders zu Buche schlagen. In diesem Bereich sei im Zeitraum zwischen 2000 und 2006 eine Steigerung von etwa 54 % zu verzeichnen.

Gründe für die hohe Anzahl von ambulanten Maßnahmen sowie stationären Unterbringungen liegen zum einen in den sozialstrukturellen Belastungsfaktoren (Sozialgeld-Bezug, zur Verfügung stehender Wohnraum, Mobilität, Bevölkerungsdichte) sowie zum anderen an gesellschaftlichen Problemen. Ein großer Teil der Familien mit Kindern sei von Armut betroffen.

Dazu kommen immer komplexere Problemlagen in den Familien. Es muss verstärkte Elternarbeit geleistet werden, um Maßnahmen einigermaßen sinnvoll gestalten zu können.

Ebenso sei der gesamte Bereich der seelischen Behinderungen insgesamt gestiegen.

Des Weiteren habe die mediale Berichterstattung wie z. B. der Fall „Kevin in Bremen“ zu mehr Anfragen und Hinweisen an das Jugendamt durch unbeteiligte Dritte geführt, woraus oftmals neue Fälle entstehen. Dies alles führt zu einer sehr hohen Fallbelastung bei den Sozialarbeitern.

Aufgrund der demographischen Entwicklung sei bis 2010 nicht mit einem wesentlichen Rückgang der Hilfen zur Erziehung zu rechnen.

Ebenso fallsteigernd wird sich – zumindest in der Anfangszeit der Umsetzung – die Einführung des rheinland-pfälzischen Kinderschutzgesetzes auswirken, dadurch werden neue Fälle generiert werden, da Hilfebedarfe früher aufgedeckt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Diederich erläutert Herr Herz, dass aufgrund der Sensibilität in der Bevölkerung mehr „Krisen“ wahrgenommen und gemeldet werden. Dadurch sei auch eine höhere Belastung der SozialarbeiterInnen zu verzeichnen.

Weitere Wortmeldungen zum Nachtragsetat des Jugendamtes für das Haushaltsjahr 2007 liegen nicht vor.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig:

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird der von der Verwaltung des Jugendamtes vorgelegte Entwurf des Nachtragsetats für das Haushaltsjahr 2007 (Einzelplan 4) zur Beschlussfassung empfohlen.



Abt.: 5 – Jugendamt -

Drucksachenummer 136/2007

Az.: 5.407-01/sl

Beschluss vom 20.09.2007

X öffentlich nicht öffentlich

Gremium: Jugendhilfeausschuss

Sitzung am: 20.09.2007

Tagesordnungspunkt: 2

Gewährung eines Kreiszuschusses für die Erweiterung des Kindergartens in der Ortsgemeinde Offstein
- Beschluss -

Beschluss:

Der Ortsgemeinde Offstein wird gemäß Ziff. 2.2 in Verb. mit Ziff. 4.1 und Ziff. 5 der Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen des Landkreises Alzey-Worms zu den Kosten des Baues und der Ausstattung von Kindertagesstätten ein Kreiszuschuss in Höhe von 35 % der zuschussfähigen Kosten gewährt.

Finanzierung:

Haushaltsstelle :
Haushaltsansatz :
Haushaltsausgabereist :
noch verfügbar :
Bemerkungen :

Abstimmungsergebnis:

X einstimmig Ja Nein Enthaltungen

Form der Abstimmung:

X offen geheim namentlich

Seite 2 zu Drucksachenummer 136/2007

Vorsitzender Landrat Görisch ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.
Frau Kronauer sowie Herr Görisch erläutern den Sachverhalt.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen hierzu.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig gemäß vorliegendem Beschlussvorschlag.



Abt.: 5 – Jugendamt -

Drucksachenummer 137/2007

Mitteilung vom: 20.09.2007

Az.: 5.407-01/sl

X öffentlich nicht öffentlich

Gremium: Jugendhilfeausschuss

Sitzung am: 20.09.2007

Tagesordnungspunkt: 3

Bericht über das geplante Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit
(Kinderschutzgesetz Rheinland-Pfalz)

Mitteilung

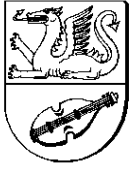
Herr Krämer berichtet unter Zuhilfenahme eines Beamers über das geplante Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit. Informationen hierüber sowie der Gesetzentwurf gingen den Ausschussmitgliedern mit der Einladung zu.
Die Vortragsunterlagen sind der Niederschrift beigelegt.

Herr Herz erläutert ergänzend, dass erste Gespräche zwischen Jugendamt und Gesundheitsamt stattgefunden haben. Ein gemeinsames Vorgehen ist geplant, auch müsse man schauen, wie man insgesamt vernünftig mit Personalressourcen in diesem Bereich umgehe.
Ein gemeinsames Konzept soll entwickelt werden, ein entsprechendes Netzwerk ist aufzubauen. Hier kann auch auf bereits bestehende Netze mit beteiligten Organisationen zurückgegriffen werden.
Das Land stellt finanzielle Mittel zur Verfügung (pro unter 6-jährigem Kind 3,-- € für Gesundheitsämter und 7,-- € für Jugendämter).

Frau Körner macht hier grundsätzliche Bedenken gegen den Gesetzentwurf geltend.
Sie fände es wichtig, dass in diesem Rahmen Hebammen sowie Kinderärzte mit einbezogen werden.
Auch sieht sie Probleme in Bezug auf nicht gewünschte Hausbesuche durch das Gesundheitsamt und die unterschiedliche Durchführung von U-Untersuchungen.
Zur Beratung von jungen Müttern könne sie sich z. B. gut eine gelernte Kinderkrankenschwester vorstellen. Frau Körner sowie Frau Hall erwähnen hier das sog. „Düsseldorfer Modell“.

Herr Becker findet es schade, dass es keine entsprechenden Gesetzesänderungen für Schulkinder gibt.
Der vorliegende Gesetzentwurf berücksichtigt nur Kinder vom 1. Lebenstag bis zur Einschulung.

Zum Abschluss erklärt Vorsitzender Görisch, dass es heute darum ging zunächst lediglich zu informieren, dass ein Gesetz auf den Weg gebracht wurde, welches demnächst in Kraft tritt. Der Landkreis werde sich auf dieses Gesetz einstellen und das Gesamtkonzept wird im Jugendhilfeausschuss im neuen Jahr vorgestellt.



Abt.: 5 – Jugendamt -

Drucksachenummer 138/2007

Beschluss vom 20.09.2007

Az.: 5.407-01/sl

X öffentlich nicht öffentlich

Gremium: Jugendhilfeausschuss

Sitzung am: 20.09.2007

Tagesordnungspunkt: 4

Übernahme der Landesempfehlungen zur Kindertagespflege
- Beschluss -

Beschluss:

Die durch den Landesjugendhilfeausschuss in der Sitzung vom 02.07.2007 beschlossenen Empfehlungen zur Kindertagespflege sind im Landkreis Alzey-Worms entsprechend anzuwenden.

Finanzierung:

Haushaltsstelle :
Haushaltsansatz :
Haushaltsausgabereist :
noch verfügbar :
Bemerkungen :

Abstimmungsergebnis:

X. einstimmig ... Ja ... Nein ... Enthaltung

Form der Abstimmung:

X offen geheim namentlich

Landrat Görisch ruft Tagesordnungspunkt 4 auf und verweist auf den Sachverhalt.
Den Jugendhilfeausschussmitgliedern lagen die Empfehlungen zur Kindertagespflege des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung vor.

Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig:
Die durch den Landesjugendhilfeausschuss in der Sitzung vom 02.07.2007 beschlossenen Empfehlungen zur Kindertagespflege sind im Landkreis Alzey-Worms entsprechend anzuwenden.



Abt.: 5 – Jugendamt -

Drucksachenummer

Az.: 5.407-01/sl

Beschluss vom:

X öffentlich nicht öffentlich

Gremium: Jugendhilfeausschuss

Sitzung am: 20.09.2007

Tagesordnungspunkt: 5

Mitteilungen und Anfragen

Beschluss:

ohne

Finanzierung:

Haushaltsstelle :

Haushaltsansatz :

Haushaltsausgabereist :

noch verfügbar :

Bemerkungen :

Abstimmungsergebnis:

... einstimmig

... Ja

... Nein

... Enthaltungen

Form der Abstimmung:

offen

geheim

namentlich

Zum Tagesordnungspunkt 5 – Mitteilungen und Anfragen – teilt Landrat Görisch mit, dass bezüglich des Waldorf-Kindergartens in Saulheim im anhängigen Rechtsstreit die Positionen der Kläger und Beklagten erneut ausgetauscht wurden. Der Landkreis bleibe bei seiner bisherigen Auffassung, dass eine Aufnahme in den Kindertagesstättenbedarfsplan des Landkreises nicht angezeigt ist. Es sei einerseits in quantitativer Hinsicht sogar eine Entspannung eingetreten und zum anderen wurden die pädagogischen Konzepte mit denen anderer Kindertagesstätten im Landkreis abgeglichen und man sehe auch aus pädagogischer Sicht keinen Grund für eine Aufnahme in den Bedarfsplan, da die Kindertagesstätten im Landkreis auch immer mehr Elemente aus dem Waldorf-Konzept übernehmen.

Man gehe davon aus, dass zum Jahresende die Verhandlungen abgeschlossen werden können, eine Terminierung ist noch nicht bekannt.

Der Entwurf des Etats 2008 wird in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung Ende Oktober vorgelegt.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Landrat Görisch bedankt sich für die Beratung.

Ende der Sitzung: 15.45 Uhr

Vorsitzender:

Schriftführerin:

(Görisch)

(Schmahl-Lutzy)

Anwesenheitsliste

<u>Vorsitzender:</u>		
<u>Landrat Görisch</u>		
<u>Kreisbeigeordnete</u>		
Name/Wohnort	Anwesend von/bis TOP	nicht anwesend
Jürging, Karl-Heinz, Wörrstadt		X
Klippel, Walter, Saulheim	1-5	
Erbes, Heribert, Spiesheim		X

Kreisverwaltung
Jugendamtsleiter Arno Herz

Gäste

Schriftführer/in
Heidrun Schmahl-Lutzy

Stimmberechtigte Mitglieder und Stellvertreter

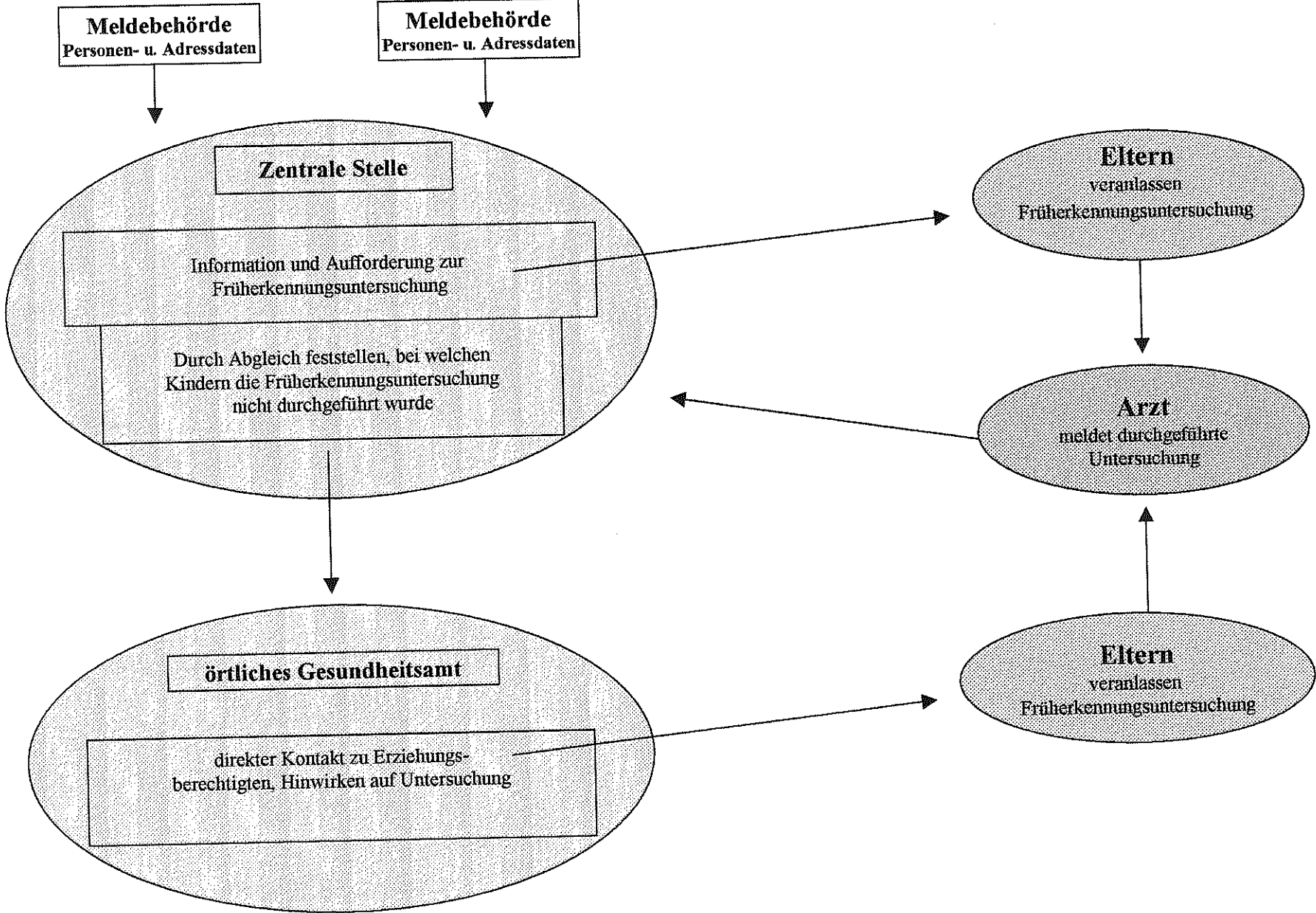
	Name/Wohnort	Anwesend von/bis TOP	entsch.	nicht entsch.
1	Görisch, Ernst Walter	1-5		
2	Dexheimer, Jutta, Flonheim	1-5		
	Merker, Helga, Gau-Odernheim			
3	Hagemann, Klaus, Osthofen		X	
	Seebald, Gerhard, Wörrstadt			
4	Sommer, Nicole, Alzey	1-5		
	Kittl, Denis, Saulheim			
5	Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch	1-5		
	Marx, Torben, Armsheim			
6	Jung, Ulla, Erbes-Büdesheim	1-5		
	Antony, Kersten, Bechtheim			
7	Schnabel, Alfons	1-5		
	Hoffmann, Cathrin, Armsheim			
8	Reitz, Hans-Joachim, Armsheim	1-5		
	Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim			
9	Becker, Klaus, Bornheim	1-5		
	Kolb-Noack, Dittelsheim-Heßloch			
10	Schnitzspan, Hildegard, Alzey	1-5		
	Orb, Fritz, Westhofen			
11	Utzig, Astrid, Gau-Odernheim	1-5		
	Glaser, Benjamin, Erbes-Büdesheim			
12	Schmidt, Ernst Felix, Framersheim		X	
	Seibert, Adam, Wachenheim		X	
13	Stricker, Günter, Dittelsheim-Heßl.		X	
	Anders, Dieter, Osthofen	1-5		
14	Selak, Karl-Heinz, Alzey	1-5		
	Kaib, Volker, Alzey			
15	Stephan, Karl, Alzey		X	
	Klingenberg, Anja, Alzey	1-5		
16	Diederich, Georg, Dittelsheim-Heßl.	1-5		
	Brux, Stefan, Dittelsheim-Heßloch			

17	Geiger, Christine, Saulheim		X	
	Löwe, Britt, Wörrstadt		X	
18	Walther, Karl, Wendelsheim			X
	Rüttgens, Wolfgang, Saulheim			X

Beratende Mitglieder u. Stellvertreter

	Name/Wohnort	Anwesend von/bis TOP	entsch.	nicht ent.
1	Herz, Arno, Kreisverwaltung	1-5		
	Fleischer, Frederike, Kreisverwaltung	1-5		
2	Espenschied, Thomas, Kreisverwaltung	1-5		
3	Dr. Adam-Umbach, F., Alzey		X	
	Körner, Anna-Maria, Kreisverwaltung	1-5		
4	Ludemann, Hans-Gerd, Alzey	1-5		
	Karst, Nikolaus, Undenheim			
5	Bechtel, Bernhard, Worms	1-5		
	Muscheid, Susanne, Mainz			
6	Nuß, Katharina, Kreisverwaltung		X	
7	Dahlheimer, Christine, PD Worms		X	
	Feudner, Karl, Alzey		X	
8	Siegfried, Sieglinde, Alzey		X	
	Kercher, Annette, Eich		X	
9	Welter, Ulla, Nieder-Wiesen	1-5		
	Geeb, Sebastian, Gundersheim			
10	Guse, Axel, Gau-Odernheim		X	
	Hall, Sabine, Langenlonsheim	1-5		
11	Herrmann, Dirk, Wörrstadt			X
	Wolf-Arnold, Christine, Worms			X
12	Kuroszcyk, Janusz, Mainz			X
	Benizri, Camilla, Alzey			X
13	Boujardine, Quassila, Alzey	1-5		
	Cesarano, Guisepppe, Nack			
14	Thorn, Frank, Wörrstadt-Rommersheim	1-5		
	Wilhelm, Markus, Esselborn			

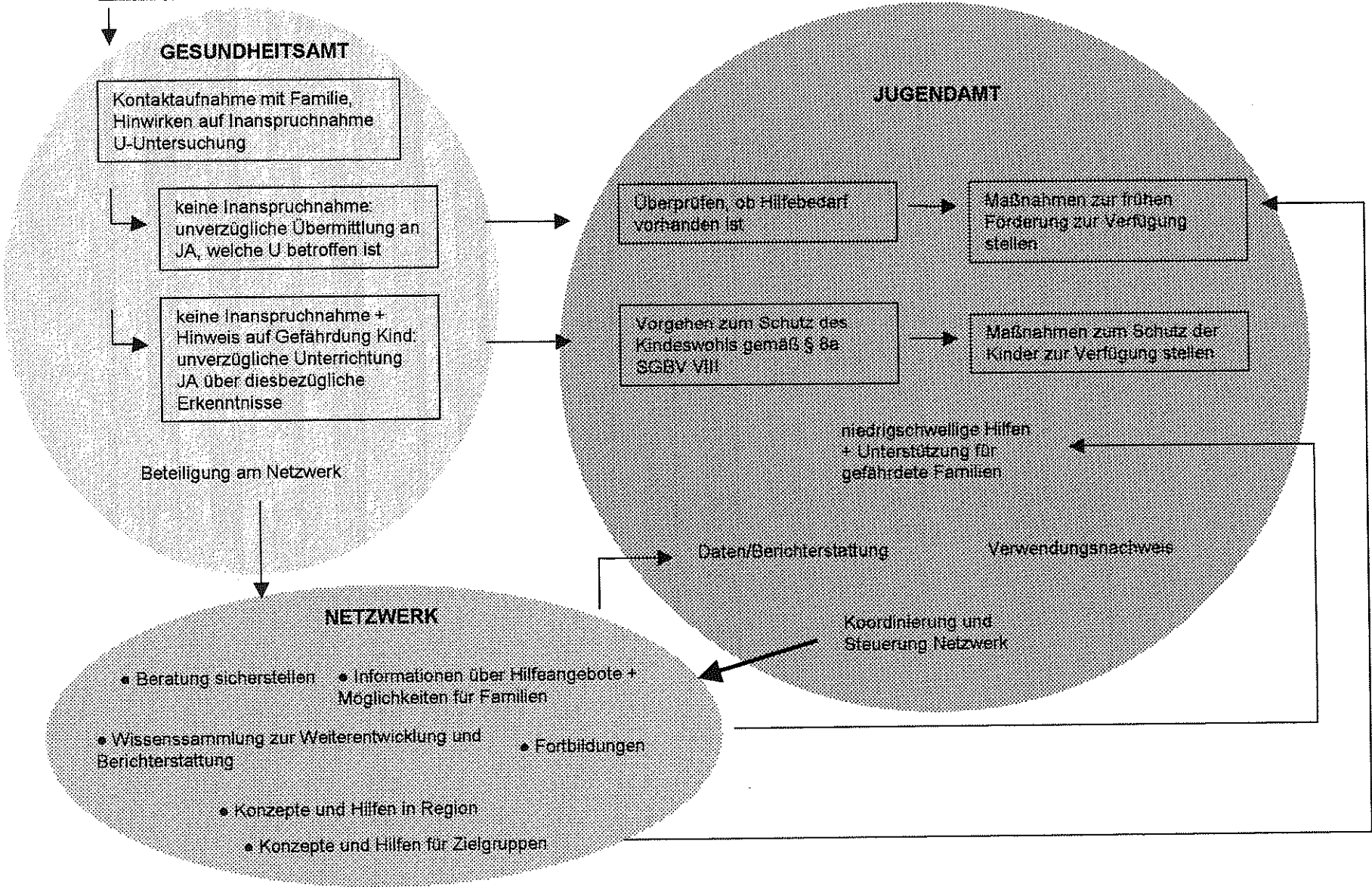
Kinderschutzgesetz RLP
Zusammenwirken zentrale Stelle und örtliches Jugendamt



Kinderschutzgesetz RLP

Zusammenwirken Gesundheitsamt und Jugendamt

Ausgangspunkt: Mitteilung von zentraler Stelle an Gesundheitsamt, dass U-Untersuchung nicht wahrgenommen wurde



Beteiligte am lokalen Netzwerk

Polizei- u. Ordnungsbehörden

Familienbildungsstätten

sowie weitere geeignete Personen, Behörden und Organisationen

Sozialämter

Familiengerichte

Sozialpädiatrische Zentren

Einrichtungen zum Schutz gegen Gewalt in
engen sozialen Beziehungen

Einrichtungen der freien Jugendhilfe

Agenturen für Arbeit

Beratungsstellen

Krankenhäuser

Gesundheitsämter

Angehörige der Heil- u. Gesundheitsberufe